

Interview mit Willy Brandt über die deutsch-französische Zusammenarbeit (10. Juli 1967)

Legende: In einem Interview mit der Deutschen Welle am 10. Juli 1967 spricht Willy Brandt, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (BRD), über die deutsch-französische Zusammenarbeit, vor allem im Hinblick auf die großen europäischen Fragen wie die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften oder die Sicherheitspolitik.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 13.07.1967, Nr. 75. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. "Umfassender deutsch-französischer Meinungs-austausch", p. 645-646.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_willy_brandt_uber_die_deutsch_franzosische_zusammenarbeit_10_juli_1967-de-28d7a505-05e8-45e1-aa1c-a015010044d0.html

Publication date: 03/07/2013

Interview mit Willy Brandt über die deutsch-französische Zusammenarbeit (10. Juli 1967)

Umfassender deutsch-französischer Meinungsaustausch

Unterstützung der deutschen Ostpolitik durch französische Regierung - Probleme der europäischen Sicherheit - Arbeitsbesuch des französischen Staatspräsidenten in Bonn

Frage:

Herr Minister, wir erwarten in diesen Tagen den Besuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle. Es sind einige Berichte in den Zeitungen darüber, daß die deutsch-französische Konsultation in den letzten Wochen und Monaten nicht mehr so geklappt habe wie es dem Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag entspräche. Wie weit sind solche Vermutungen berechtigt?

Antwort:

Ich möchte gerne an Stelle von Konsultation zunächst von Zusammenarbeit sprechen. Die Zusammenarbeit ist besser geworden in den letzten sechs Monaten. Das wird sich zeigen, wenn die Fachminister zusammenkommen. Es kommt eine größere Zahl französischer Minister mit dem Staatspräsidenten hierher. Wenn man am Donnerstag die Ergebnisse zusammenfaßt, wird sich herausstellen, daß auf verschiedenen Gebieten, auch den Gebieten der Industrie, der technischen Zusammenarbeit, aber auch auf dem Gebiet des politischen Meinungsaustausches mehr geschehen ist als in den vergangenen Jahren. Die Konsultation im Sinne des Sich-Abstimmens, des sich Gründlich-Aussprechens über eine gemeinsame Politik läßt immer noch zu wünschen übrig. Da muß noch sehr viel mehr geschehen.

Was die Ost-West-Fragen angeht, hat es eine Reihe von Fühlungnahmen gegeben. Unsere deutsche Ost-Politik hat die Unterstützung der französischen Regierung gefunden. Auch in der zweiten Phase der Nah-Ost-Krise hat die gegenseitige Information zwischen den beiden Regierungen, d. h. die Information über das, was der eine und der andere aus dem Krisengebiet und aus den davon betroffenen Ländern erfahren hat sich gut entwickelt.

Frage:

Wie weit gilt das auch für die Abstimmung, was den britischen Beitritt zur EWG angeht? Auch hier scheint es ja zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung noch gewisse Meinungsverschiedenheiten zu geben.

Antwort:

Ja, hier bestehen weiter Meinungsverschiedenheiten. Im Januar bei den letzten Konsultationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Paris hat sich gezeigt, daß dies eine der Fragen ist, die noch keine übereinstimmende Antwort gefunden haben. Die deutsche Regierung ist zu dem Ergebnis gekommen, der britische Beitritt sei nicht nur erwünscht, sondern auch praktikabel, während die französische Seite zwar eine solche Erweiterung der EWG nicht ablehnt, aber doch wohl meint, die Zeit sei noch nicht reif dafür. Darüber wird nun in Brüssel gesprochen, aber sicher auch noch einmal in Bonn.

Frage:

Wenn Sie das Arbeitsprogramm für den bevorstehenden de Gaulle-Besuch umreißen würden, Sie hatten schon Ost-West-Fragen genannt, die EWG soeben, welche anderen Themen werden diese beiden Tage hier in Bonn noch beherrschen?

Antwort:

Neben der Bilanz, die man ziehen wird, vom Jugendaustausch bis zur politisch-militärischen Konsultation hin, wird klargestellt werden, wie weit wir sind, wo man mit neuen Vorhaben beginnen soll. Was wohl hinzuzufügen wäre, so möchte ich vermuten, wird ein Versuch sein, die weltpolitische Situation zu umschreiben.

Hier wird die deutsche Seite sehr daran interessiert sein, vom französischen Staatspräsidenten zu hören, wie

er die großen Zusammenhänge sieht. Hierzu wird es sicher auch deutsche Beiträge geben. Man wird wohl auch auf das Thema zurückkommen, was wir schon im letzten Winter angeschnitten hatten, nämlich das Problem, über die Tagesfragen hinaus uns auch über Europa und die europäische Sicherheit in den siebziger Jahren miteinander Gedanken zu machen.

Frage:

Europäische Sicherheit, wenn ich hier noch anknüpfen darf, Herr Minister: die mittelfristige Finanzplanung, so wie sie das Kabinett beschlossen hat, sieht ja auch eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes vor. Angeblich oder tatsächlich soll nun die Stärke der Bundeswehr reduziert werden; ist das richtig?

Antwort:

Darüber hat das Kabinett noch nichts beschlossen, sondern lediglich festgelegt, wie hoch der Verteidigungshaushalt im nächsten Jahr sein soll, und zwar niedriger als in diesem Jahr. Das Kabinett hat weiter beschlossen, den Verteidigungshaushalt in den kommenden Jahren nicht voll an den sonstigen Steigerungsraten — durchschnittlichen Steigerungsraten — des Haushalts teilnehmen zu lassen. Der Verteidigungsminister sagt nun, bei dieser Sachlage könne er nicht die gleiche Truppenstärke halten, das ist aus seiner Verantwortung heraus wohl auch verständlich. Aber wie die Bundeswehr organisiert wird, wie stark sie im einzelnen sein kann und sein muß, darüber ist nicht beschlossen worden. Hierüber kann letzten Endes auch gar nicht entschieden werden, ohne diese Frage auch mit den Verbündeten besprochen zu haben.

Frage:

Wie, Herr Außenminister, sehen Sie denn die Möglichkeit, auch künftig noch unsere Verpflichtungen gegenüber dem Nordatlantikpakt, gegenüber der NATO-Organisation zu erfüllen? Halten Sie es für möglich, die Kabinettsbeschlüsse zu vereinbaren mit den Verpflichtungen, die wir international auf diesem Gebiet haben?

Antwort:

Ja, das halte ich für möglich. Ich will mal ein Beispiel wählen, hoffentlich wird es nicht als allzu zynisch empfunden. Als kürzlich die Dreier-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und mit Großbritannien zu dem Ergebnis führten, daß auf amerikanischer Seite die Präsenz in Europa, in Deutschland, sich etwas anders darstellt als in der Vergangenheit, ist ausdrücklich festgelegt worden, damit sei keine Schwächung der Kampfkraft verbunden.

An diesem Beispiel ist also durch andere klargemacht worden, daß eine Kampfkraft nicht allein von der numerischen Größe abhängt.

Frage:

Daß sich die Sicherheitslage hier in Europa verändert hätte, entspannt hätte, wird das auch in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen sein?

Antwort:

Ja, man hätte doch wohl, wenn man mit akuten militärischen Gefahren rechnete, sich die Entscheidung noch reiflicher überlegt, als man sie sich ohnehin überlegt hat. Unsere Einschätzung und die unserer Verbündeten geht eben dahin, daß man mit einer akuten militärischen Gefahr nicht rechnet, aber andererseits sieht, daß sich an dem Kräfteverhältnis nichts wesentliches verändert hat. Wenn sich etwas verändert hat, dann nicht zugunsten des Westens. Der Osten ist präsent, wo er vorher präsent war, und manche Fachleute haben eher den Eindruck, als habe er seine Position sogar noch etwas ausgebaut. Der latente Unsicherheitsfaktor, der sich aus dieser Truppenmassierung ergibt, bleibt bestehen.